

Einführung in die Sicherheitspolitik Ostasiens

Teil 1

Martin Wagener

Summary

This introductory article on East Asian security policy will appear in three parts. The first two will sketch important issue areas and outline major developments and trends. The focus will be on questions of regional order: What does security in East Asia depend on? Who creates it? Who threatens it? Part 1 discusses theoretical approaches and applies them to the Far East. The great powers of East Asia will be introduced, as will the interstate conflicts on the Korean Peninsula, in the Taiwan Strait, and in the South China Sea. Part 2 employs a broad understanding of security, including domestic and transnational challenges (such as insurgency, terrorism, and piracy), "human security," but also the interplay between economic developments and security policy. The article proceeds to discuss regional integration, the security architecture of East Asia, and the prospects of a "Pacific century" taking place. Part 3 then provides an annotated overview of books, edited volumes, and articles representing the state of the art on security policy in East Asia and introduces the reader to a wide range of research tools.

Keywords: Theorie, Sicherheitspolitik, Militär, Streitkräfte, Ostasien, Pazifik, USA, China, Japan, Russland, Korea, Taiwan, Südchinesisches Meer, Guerilla, Terroristen, Piraten, Ökonomie, regionale Integration, ASEAN, Sicherheitsarchitektur

Einleitung

Der vorliegende Beitrag soll einen Einstieg in die Sicherheitspolitik Ostasiens ermöglichen und wendet sich damit vor allem an interessierte Studenten. Er wird in drei Teilen erscheinen. In den Teilen 1 und 2 werden zentrale Themenfelder skizziert, wichtige Entwicklungslinien herausgearbeitet und Trends aufgezeigt.¹ Im Zentrum stehen dabei Fragen der regionalen Ordnung: Wovon hängt Sicherheit in Ostasien² ab? Wer kreiert sie? Wer bedroht sie? Den Ausführungen liegt ein „weiter Sicherheitsbegriff“ zugrunde, um möglichst viele Facetten der aktuellen Diskussion zu erfassen. Als pazifische Macht finden die USA Berücksichtigung, wie auch auf

1 Ich danke Dirk Schmidt für hilfreiche Anregungen sowie Dennis Abel, Roman Krtsch, Matthias Schneider und Julia Wurr für Rechercheleistungen. Der Beitrag gibt ausschließlich die Sicht des Verfassers wieder.

2 Zu Ostasien gehören die Staaten Nordostasiens (u.a. Japan, Südkorea) und Südostasiens (u.a. Indonesien, Thailand), nicht aber Südasien (u.a. Indien, Pakistan) oder Zentralasien (u.a. Kasachstan, Usbekistan).

die Lage Europas und Südasiens eingegangen wird, soweit dies zum Verständnis der Sicherheitspolitik Ostasiens sinnvoll ist. Insgesamt soll der Beitrag zur thematischen Orientierung beitragen; die Vertiefung einzelner Fragen ist aus Platzgründen nicht möglich.³ Der in der übernächsten Ausgabe erscheinende Teil 3 wird in kommentierter Form einen Überblick zu Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen liefern, die zum Fundus des sicherheitspolitischen Forschungsstandes in Ostasien gehören. Auch werden zahlreiche Recherchemöglichkeiten dargestellt, indem relevante Fachzeitschriften, Arbeitspapiere, Studienreihen, Newsletter, Kommentar-Serien, Primärquellen sowie Tageszeitungen und Nachrichtenagenturen vorgestellt werden.

Parallele Welten

Wie steht es um die Sicherheit Ostasiens zu Beginn des immer noch jungen 21. Jahrhunderts? Konkret lässt sich die Frage nur schwer beantworten, zumal unterschiedliche Beobachter „Sicherheit“ ganz unterschiedlich definieren werden. Wird unter „Sicherheit“ die Abwesenheit von Krieg sowie der Androhung von Gewalt zwischen Staaten verstanden, dann ist Ostasien weitgehend „sicher“. Die letzte größere Auseinandersetzung fand 1979 im Grenzkrieg zwischen China und Vietnam statt. In den folgenden Jahren kam es in der Region lediglich zu kleineren Gefechten, meist in Form von Grenzscharmützeln (u.a. Seegefecht zwischen Nord- und Südkorea 2002, sporadisch auftretende Feuergefechte an der thailändisch-kambodschanischen Grenze 2008–2011). Grundsätzlich liegt es nahe, diese relative Friedensperiode auf das Ende des Ost-West-Konflikts zurückzuführen. Im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion 1991 hatte Moskau seine Streitkräfte aus Vietnam abgezogen, Washington wiederum hatte seine militärische Vornepräsenz im Fernen Osten reduziert und bis 1992 seine Basen auf den Philippinen aufgegeben. Damit konnte eine Konfrontation der Supermächte auch in Ostasien endgültig abgewendet werden.

Das Abklingen des Kalten Krieges hat sich in den vergangenen zwei Dekaden gleichwohl unterschiedlich ausgewirkt. Einerseits ist in Ostasien das zu beobachten, was auch für Europa gilt: Die Kooperation zwischen den Staaten hat stark zugenommen. Die Globalisierung ist in beiden Regionen zu spüren, Prozesse der Ökonomisierung und Industrialisierung haben erheblich an Bedeutung gewonnen. Nicht nur dadurch sieht sich der Staat in seiner Steuerungsfähigkeit herausgefordert. Auch substaatliche Akteure und regionale Institutionen nehmen auf sicherheitspolitische Entwicklungen Einfluss, indem sie jene neuen Gestaltungsräume nutzen, die durch das Ende des Ost-West-Konflikts entstanden sind.

3 Es werden in diesem Beitrag lediglich numerische Angaben belegt. Aufgrund des Einführungscharakters der nachfolgenden Ausführungen wird auf weitere Literaturverweise verzichtet.

Andererseits sind gleichwohl erhebliche Unterschiede zu konstatieren. Im Gegensatz zu Europa konkurrieren die Großmächte in Ostasien sichtbar um Macht und Einfluss. Der Kalte Krieg hat in Konflikten, die wie jene auf der koreanischen Halbinsel und in der Taiwanstraße über ein erhebliches Eskalationspotential verfügen, sprichwörtlich überwintern können. Es gibt zwar zahlreiche multilaterale Abmachungen. Keine der gegenwärtig existierenden regionalen Institutionen weist jedoch eine integrative Tiefe auf, wie dies bei der Europäischen Union (EU) der Fall ist.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, dass es jenseits des Endes des Kalten Krieges weitere Wirkkräfte geben muss, die die Sicherheit auf der zwischenstaatlichen Ebene beeinflussen. Ein wichtiger Faktor ist der durch die Zeit des Kolonialismus stark hinausgeschobene Prozess der Nationenbildung, der heute viele Staaten zögern lässt, Souveränität auf internationale Organisationen zu übertragen. Er dürfte auch dafür verantwortlich sein, dass die Akteure im Vergleich zu Europa nur sehr schwerfällig historisch bedingte Formen des Misstrauens abbauen.

Es ist daher nicht einfach, einen eindeutig kooperativen bzw. einen eindeutig konfrontativen sicherheitspolitischen Trend in Ostasien zu identifizieren. Auffällig dagegen sind Paradoxien: So etwa jene, dass China zwar einerseits für Japan der wichtigste Handelspartner ist, mit dem es 2010 fast 21% seines Außenhandels abgewickelt hat. Von 2003 bis 2008 hat sich das Handelsvolumen beider Seiten mehr als verdoppelt.⁴ Andererseits hat dies nicht zu einer Lösung von Gebietsstreitigkeiten (Senkaku-/Diaoyu-Inseln), einer Annäherung in der Bewertung des Pazifikkrieges oder gar dem Abbau von Bedrohungsperzeptionen beigetragen. Das tief sitzende beiderseitige Misstrauen scheint kein Hindernis zu sein, immer engere ökonomische Bande zu knüpfen. Dieses Verhaltensmuster ist kein Einzelfall. So sehen z.B. die meisten Staaten Südasiens in China einen Wirtschaftspartner von herausragender Bedeutung. Zugleich unterstützen sie die militärische Präsenz der USA für den Fall, dass der Aufstieg des Reiches der Mitte in eine aggressive Außenpolitik umschlägt. Diese Politik der Rückversicherung, ein aktives Doppelleben in zwei „parallelen Welten“, ist typisch für Ostasien (nicht jedoch für Europa). Ökonomisch sind selbst sich offiziell immer noch als „kommunistisch“ bezeichnende Akteure wie China und Vietnam längst im Zeitalter der Globalisierung und damit im 21. Jahrhundert angekommen. In sicherheitspolitischer Hinsicht folgen viele Staaten dagegen einer Tradition von Machtpolitik, die eher an die Gesetze des 19. Jahrhunderts erinnert (und zumindest aus dieser Sicht an vergangene Spielregeln Europas anknüpft).

4 Vgl. International Monetary Fund (IMF), Direction of Trade Statistics. Yearbook 2011, Washington D.C. 2011, S. 305. IMF, Direction of Trade Statistics. Yearbook 2010, Washington D.C. 2010, S. 306.

Ordnungspolitische Ansätze aus theoretischer Sicht

Wie können diese beiden parallelen Welten – „altes“ und „neues“ Denken über Sicherheit – zusammengeführt werden? Oder anders formuliert: Wie müsste die Sicherheitsarchitektur Ostasiens aussehen, um langfristig Stabilität in der Region zu garantieren? Antworten lassen sich über die Theorien der Internationalen Beziehungen ableiten, an die Wissenschaftler explizit und Politiker oft implizit anknüpfen. An dieser Stelle seien nur die wichtigsten Ansätze genannt, die auf die Großtheorien des Realismus, des Institutionalismus/Interdependenzansatzes, des Konstruktivismus und des Liberalismus zurückgehen.

Im strukturellen Realismus sind die Großmächte die zentralen Akteure der internationalen Politik. Zwischen ihnen bestehen friedliche Beziehungen im Falle eines Machtgleichgewichts. Aus der Sicht des defensiven Realismus gilt die Bipolarität als besonders stabil. Sie erklärt, warum es in Ostasien während des Ost-West-Konflikts nicht zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion kam. Im Sinne des offensiven Realismus ist es dagegen der Hegemon, der in der Lage ist, den Status quo zu stabilisieren. Dies funktioniert allerdings nur dann, wenn der Abstand zu einem potentiellen *peer competitor* so groß ist, dass dieser zumindest vorübergehend auf Gegenmachtbildung verzichtet und sich mit den herrschenden Machtverhältnissen arrangiert. Diese Konfiguration lässt sich im Ostasien der Gegenwart ausmachen – mit den USA als Hegemon und China als Herausforderer. Beschreibungen, die den Fernen Osten erneut als bipolar ausgerichtet betrachten, sind dagegen etwas verfrüht. Eine solche Interpretation unterschätzt die militärischen Möglichkeiten der USA und überschätzt die Machtprojektionsfähigkeiten Chinas.

Ist eine Großmacht in der Lage, ihre Hegemonie auf das Niveau eines Imperiums auszudehnen – also einer umfassenden Beherrschung zwischenstaatlicher Beziehungen in einer bestimmten Region –, dann lässt sich dies nicht mehr über den Realismus erklären. In einem Imperium sind die Gesetze der Anarchie aufgehoben. In der Praxis spielt dieses Ordnungsmuster aber dennoch eine Rolle. Die japanische Einflusszone wies von 1931 bis 1945 zumindest in Teilen imperiale Strukturen auf. In der Gegenwart gebieten die USA in den Gewässern vor allem des östlichen Pazifiks über ein Seeimperium.

Der Institutionalismus und der Interdependenzansatz setzen auf eine Einhegung des Sicherheitsdilemmas und damit per se größere Möglichkeiten, zwischenstaatliche Beziehungen friedlich zu gestalten. Indem Institutionen geschaffen werden, die den Austausch von Informationen zwischen den Staaten ermöglichen, kann das Misstrauen zwischen den Akteuren reduziert werden. Soweit Kooperation Kosten senkt, werden Anreize zur Fortsetzung der Zusammenarbeit geschaffen. Durch eine Vertiefung zwischenstaatlicher Beziehungen, vor allem im Bereich der Ökonomie, können aber auch Kosten entstehen, wenn ein Akteur versucht, aus wirtschaftlichen Interdependenzen auszubrechen. Vertreter dieser Theorien hoffen darauf, dass Staaten nicht

bereit sind, diese Kosten zu tragen und deshalb an einer kooperativen Einstellung festhalten. Wer dieser Sichtweise folgt, verweist in der Praxis auf die zunehmende Zahl multilateraler Abmachungen in Ostasien. Zu ihnen gehören u.a. die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN, *1967), die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC, *1989), das ASEAN Regional Forum (ARF, *1994), die ASEAN Plus Three (APT, *1997), der East Asia Summit (EAS, *2005), die Übereinkunft zur Schaffung einer Trans-Pacific Partnership (TPP, *2006) sowie das ASEAN Defence Ministers' Meeting-Plus (ADMM-Plus, *2010). Zunehmende regionale Interdependenzen lassen sich vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht entdecken, wofür u.a. die zahlreichen Freihandelsabkommen Pate stehen. Bemerkenswert ist zudem, dass der intraregionale Handel weiter zunimmt. So stieg der ökonomische Austausch innerhalb Asiens von 46,6% (1999) auf 52,8% (2011) an, wohingegen der Handel Asiens mit Nordamerika im gleichen Zeitraum von 26,3% auf 16,4% zurückging.⁵

Prozesse der regionalen Integration werden auch von Konstruktivisten untersucht. Diese konzentrieren sich allerdings weniger auf Vernetzungen als vielmehr auf Formen wechselseitiger Sozialisierung und damit die Ausbreitung sowie die Aneignung von Normen. Organisationen wie die ASEAN werden demnach als Ergebnis regionaler Gemeinschaftsbildung verstanden. Die Staaten Südostasiens teilen gemeinsame Wertvorstellungen und bilden auf dieser Basis Institutionen. Diese müssen nicht zwangsläufig effektiv sein. Die meisten Beobachter stimmen darin überein, dass es gerade die mit dem „ASEAN Way“ verbundenen Normen (insbesondere das Prinzip der Nichteinmischung) sind, die einer Vertiefung regionaler Integrationsbemühungen entgegenstehen. Dennoch werden immer wieder Projekte lanciert, die perspektivisch an ein „Wir-Gefühl“ anknüpfen. Der Gedanke einer (trans-)pazifischen Gemeinschaft, verstanden vor allem als Ausdruck geographischer und damit wohl auch politischer Zusammengehörigkeit, taucht daher in vielen Reden regionaler Staatsführer auf. US-Präsident Bill Clinton entwarf zu Beginn seiner Amtszeit 1993 die Vision einer „Pacific Community“, der australische Ministerpräsident Kevin Rudd regte 2008 das Projekt einer „Asia Pacific Community“ an, wohingegen diese im Vorschlag von Japans Ministerpräsident Yukio Hatoyama 2009 „East Asian Community“ genannt wurde.

Jenseits solcher Überlegungen zu multilateralen Abmachungen wird die konstruktivistische Perspektive in vielfältiger Weise herangezogen, um staatliche Außenpolitik zu erklären. Dabei kommt der Auswertung von (a) Bedrohungsperzeptionen, (b) Lernprozessen und (c) Identitäten, die außenpolitische Handlungen auslösen, besondere Bedeutung zu. Wenn sich China etwa gegen die militärische Präsenz der USA im Fernen Osten ausspricht, dann hat dies aus konstruktivistischer Sicht nicht zwangsläufig etwas mit dem zu tun, was Realisten als *balancing* bezeichnen. Die Haltung Pekings könnte auch als (a) Ausdruck eines subjektiven Bedrohungsge-

5 Vgl. World Trade Organization (WTO), International Trade Statistics 2012, Genf 2012, S. 23. WTO, International Trade Statistics 2000, Genf 2000, S. 38.

fühls, als (b) Verarbeitung von Erfahrungen, wonach Großmächte, die im Gelben Meer militärisch präsent sind, in der Vergangenheit mehrfach in China einmarschiert sind, sowie als (c) Selbstverständnis der Volksrepublik, dass ihr aus Gründen der überragenden zivilisatorischen Bedeutung des nicht umsonst so bezeichneten „Reiches der Mitte“ die Position der führenden Macht in Ostasien zufallen müsse, gedeutet werden.

Liberalen Ansätze öffnen den Akteur und erklären Außenpolitik als Ergebnis bürokratischer Leistung, organisatorischer Abläufe oder innerstaatlicher Präferenzbildungsprozesse. Im Bereich der Ordnungspolitik ist hier das Theorem des „demokratischen Friedens“ zu nennen. Demnach externalisieren demokratisch verfasste Gesellschaften ihr Wertverständnis und verhalten sich deshalb im Kreis Gleichgesinnter, also weiterer Demokratien, friedlich. Dieses Theorem kann in herausragender Weise den Frieden innerhalb der EU erklären. In Ostasien ist es begrenzt anwendbar, weil es hier schlicht keinen geschlossenen Kreis von Demokratien gibt. Im Einzelfall ist der Ansatz aber dennoch einsetzbar: Das Bestreben der USA, einzelne Staaten Ostasiens in Richtung Demokratie zu bewegen, schließt an die Ideen des „demokratischen Friedens“ an. Auch fällt auf, dass es verschiedene multilaterale Kooperationsformate gibt, in denen ausschließlich Demokratien miteinander zusammenarbeiten. Dies gilt z.B. für den seit 2002 stattfindenden trilateralen Dialog zwischen Australien, Japan und den USA. Erörtert wird, ihn um Indien zu erweitern. Vertreter des „demokratischen Friedens“ dürften diese Entwicklung darauf zurückführen, dass sich Staaten mit einer ähnlichen Wertebasis besonders leicht als Kooperationspartner entdecken. Anhänger des Realismus deuten diese Entwicklung ganz anders: Durch die Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan, Australien und Indien wird eine Einkreisungsfront gegenüber China organisiert. Gerade dieses letzte Beispiel zeigt, wie sehr politische Bewertungen vom theoretischen Standpunkt des Betrachters und seiner persönlichen Weltsicht abhängen.

Alle ordnungspolitischen Entwürfe gehen jeweils von einem Idealtypus aus, und letztlich lassen sich in jedem Fall immer einzelne empirische Beispiele anführen, die jeden Idealtypus zum Teil plausibel erscheinen lassen. Fraglich ist daher, ob es eine zentrale unabhängige Variable gibt, die Frieden und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum – die abhängige Variable – am besten erklären kann. Antworten werden am Ende von Teil 2 angeboten.

Ostasien und die Großmächte

Von besonderer Bedeutung für die sicherheitspolitische Architektur des asiatisch-pazifischen Raums sind die Beziehungen zwischen den Großmächten, da diese über die umfangreichsten Voraussetzungen zur Stabilisierung bzw. Destabilisierung der Region verfügen. Sie besitzen nicht nur wie China, Russland und die USA Nuklearwaffen, sondern ihnen wird wie im Falle Japans zumindest eine virtuelle Nuklearwaffenfähigkeit zugesprochen. Merkmal einer Großmacht sind zudem eine gewisse

demographische und territoriale Größe sowie ökonomische Potentiale – vom Umfang an Bodenschätzen über die Exportleistung der heimischen Wirtschaft bis hin zum Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt. Entscheidend sind letztlich die militärischen Potentiale, die sich grob an den Verteidigungshaushalten ablesen lassen. Hier belegten 2012 die Großmächte Ostasiens die ersten vier Plätze: USA (716,3 Mrd. US\$), China (offizieller Wert: 102 Mrd. US\$), Russland (59,9 Mrd. US\$) und Japan (59,4 Mrd. US\$).⁶

Die beiden dominierenden Großmächte sind die USA und China. Obwohl sie ökonomisch eng miteinander verbunden sind, hat dies nicht zu einem Ausgleich in strategischen Fragen geführt. Beide konkurrieren um die Führungsrolle der Region (*Pax Americana* versus *Pax Sinica*) und vertreten in diversen Konflikten unterschiedliche Auffassungen. Um Machtansprüche an der pazifischen Gegenküste durchzusetzen, verfügen die USA über fünf Bündnispartner (Japan, Südkorea, Australien, Philippinen, Thailand), einen wichtigen Sicherheitspartner (Singapur) und Kontakte zu zahlreichen weiteren Staaten, die amerikanische Militäreinheiten logistisch unterstützen (u.a. Brunei, Indonesien, Malaysia und Vietnam). Hinzu kommen flexibel vor Ort patrouillierende maritime Einheiten sowie Guam, das zu den amerikanischen Besitzungen gehört. Insgesamt haben die USA an der pazifischen Gegenküste ca. 87.000 Soldaten (Stand: Dezember 2012) stationiert; weitere über 70.000 Soldaten befinden sich in Alaska und auf Hawaii.⁷ 2011/2012 hat Washington angekündigt, in seiner Außen- und Sicherheitspolitik eine strategische Kräfteverschiebung Richtung Pazifik vollziehen zu wollen (*rebalancing*). Obama hat diesen Trend nach dem Beginn seiner zweiten Amtszeit im Januar 2013 fortgesetzt.

China stemmt sich der Vornepräsenz der USA in zweifacher Weise entgegen. Es rüstet im Rahmen seiner Möglichkeiten auf und verfügt mittlerweile mit der Dongfeng (DF)-31 nicht nur über eine nukleare Zweitschlagfähigkeit. Die Volksbefreiungsarmee ist auch im Besitz eines umfangreichen Arsenalns von Kriegsführungsoptionen (U-Boote der Kilo-Klasse, Kampfflugzeuge vom Typ Suchoi-30, Zerstörer vom Typ Sovremenny), mit denen amerikanische Truppenaufmärsche im Ernstfall – etwa im Zuge einer Krise in der Taiwanstraße – durch asymmetrische Vorgehensweisen kompliziert werden könnten. Auf diplomatischem Parkett war China zudem lange mit seiner „Charme-Offensive“ erfolgreich. Indem es Ängste in seiner Nachbarschaft abbaute, konnte es den Ursachen für eine Anlehnung an den Hegemon entgegenwirken und damit das amerikanische Bündnissystem schwächen.

6 Vgl. International Institute for Strategic Studies (IISS), *The Military Balance 2013*, London 2013, S. 71, 225, 286, 306.

7 Vgl. Department of Defense, *Total Military Personnel and Dependent End Strength By Service, Regional Area, and Country*, Washington D.C., 31. Dezember 2012 (<http://siadapp.dmdc.osd.mil/personnel/MILITARY/miltop.htm>, Abruf vom 03.03.2013). Walter L. Sharp, *Statement Before The House Armed Services Committee*, Washington D.C., 6. April 2011, S. 25 (http://armedservices.house.gov/index.cfm/files/serve?File_id=9b5e6d68-fa2f-4257-ba99-299e7f4ee6b0, Abruf vom 03.03.2013).

In jüngster Zeit hat das selbstbewusste Auftreten Pekings, vor allem in maritimen Fragen, aber erneut dazu beigetragen, dass sich viele Staaten Ostasiens wieder wesentlich deutlicher für die amerikanische Militärpräsenz in der Region aussprechen. Es bleibt abzuwarten, ob die auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im November 2012 installierte „fünfte Führungsgeneration“ in der Lage ist, zur alten „Charme-Offensive“ zurückzukehren. Der neue Generalsekretär der Partei und Vorsitzende der Zentralen Militärkommission, Xi Jinping, hat nach seinem Amtsantritt erklärt, die „core national interests“ Chinas seien nicht verhandelbar. Seit März 2013 ist er auch neuer Staatspräsident seines Landes.

Tokio ist der wichtigste Bündnispartner Washingtons im Fernen Osten, was zweierlei bedeutet. Japan ist, erstens, Basis amerikanischer Machtprojektion in Ostasien. Nirgendwo sonst verfügt das Pentagon außerhalb heimischer Gewässer über einen Stützpunkt für einen Flugzeugträger. Yokosuka ist Heimathafen der 7. US-Flotte und damit der USS George Washington. Zweitens scheidet das Land durch seine engen Beziehungen zum Hegemon als möglicher Konkurrent um die Führung Ostasiens aus. Die Beziehungen Tokios zu seinen Nachbarn sind stabil, wenngleich sie nicht als vollkommen ausgeglichen bezeichnet werden können. Der Umgang Japans mit seiner Vergangenheit führt immer wieder zu Irritationen mit China und Südkorea – etwa dann, wenn ein japanischer Ministerpräsident den Yasukuni-Schrein besucht, wo 2,466 Millionen Kriegstoter gedacht wird.⁸ Unter ihnen befinden sich 14 A-Klasse-Kriegsverbrecher. Auch sind territoriale Streitigkeiten weiter ungelöst (Russland: Nördliche Territorien/Kurilen; Nord-/Südkorea: Tokdos/Takeshima-Inseln). Der Streit um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln mit China hat sich seit 2010 deutlich verschärft; Washington hat seitdem sogar mehrfach erklärt, dass die Inseln unter den Schutzbereich des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages von 1960 fallen. Mit der Wahl des sehr nationalbewussten Shinzo Abe zum neuen Ministerpräsidenten Japans im Dezember 2012 ist eine schnelle Entspannung zwischen Peking und Tokio eher unwahrscheinlich geworden.

Russland ist zwar weiterhin eine Großmacht, als solche aber nicht mehr substantiell militärisch vor Ort präsent. 2002 zog es seine letzten Einheiten aus Cam Ranh Bay in Vietnam ab. Gegenwärtig beschränkt sich das russische Interesse am Fernen Osten auf zwei Bereiche: Staaten wie China, Vietnam, Malaysia, Indonesien und in Südasiens Indien sind wichtige Abnehmer von Rüstungsgütern. Asien spielt zudem bei der Diversifizierung russischer Energielieferungen eine herausragende Rolle. Machtpolitisch ist Moskau gegenwärtig primär in den Randgebieten der ehemaligen Sowjetunion aktiv. In Asien zeigt Russland diplomatisch Flagge, indem es an multilateralen Abmachungen wie der APEC, dem ARF, dem EAS und dem ADMM-Plus mitwirkt.

⁸ Vgl. O.A., Yasukuni Shrine: History, Tokio, o.J. (<http://www.yasukuni.or.jp/english/about/index.html>, Abruf vom 03.03.2013).

Tabelle: Machtpotentiale der Großmächte Ostasiens

	USA	China	Japan	Russland
Territorium	9.826.675 km ²	9.596.961 km ²	377.915 km ²	17.098.242 km ²
Bevölkerung (Juli 2012) ¹⁾	313,847 Mio.	1,343 Mrd.	127,368 Mio.	142,518 Mio.
Bruttoinlandsprodukt/ globaler Anteil (2011)	14,991 Bio. US\$/ 21,4%	7,319 Bio. US\$/ 10,5%	5,867 Bio. US\$/ 8,4%	1,858 Bio. US\$/ 2,7%
Handelsbilanz (2012) ¹⁾	- 745 Mrd. US\$	+ 241 Mrd. US\$	- 64 Mrd. US\$	+ 184,4 Mrd. US\$
öffentliche Verschuldung	73,6% des BIP (2012) ¹⁾	38,5% des BIP (2011)	218,9% des BIP (2012) ¹⁾	11% des BIP (2012) ¹⁾
nachgewiesene Erdölreserven (Januar 2012) ¹⁾	20,68 Mrd. Barrel	14,7 Mrd. Barrel	44,12 Mio. Barrel	60,0 Mrd. Barrel
Devisenreserven	46,991 Mrd. US\$ (Februar 2013)	3,312 Bio. US\$ (Dezember 2012)	1,192 Bio. US\$ (Januar 2013)	471,905 Mrd. US\$ (Dezember 2012)
Verteidigungshaushalt (2012)	716,3 Mrd. US\$	102 Mrd. US\$ ²⁾	59,4 Mrd. US\$	59,9 Mrd. US\$
Waffenexporte (2011)	16,16 Mrd. US\$	1,3 Mrd. US\$	–	8,7 Mrd. US\$
Streitkräfteumfang (2012)	1.520.100	2.285.000	247.450	845.000
letzte größere Gefechtssituation	2003-2011 Irak, seit 2001 Afghanistan	1979 / Vietnam	1945 / Pazifik	2008 / Georgien
Nuklearwaffen einsatzbereit / Bestand (2012)	2.150 / 7.700	180 ⁴⁾ / 240	virtuelle Fähigkeit	1.740 / 8.500
Interkontinental- raketen ³⁾	Minuteman III (13.000 km)	DF-5A (13.000 km)	virtuelle Fähigkeit	Satan (16.000 km)
Flugzeugträger	10	1	2 (Helikopter- träger)	1

Quellen: Central Intelligence Agency (CIA), The World Factbook, Washington D.C. 2013 (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>, Abruf vom 03.03.2013). The World Bank, World dataBank. World Development Indicators (WDI), Washington D.C., Stand vom 8. Januar 2013 (<http://databank.worldbank.org/ddp/home.do>, Abruf vom 03.03.2013). Federation of American Scientists, Status of World Nuclear Forces 2012, Washington D.C. 2012 (<http://www.fas.org/programs/ssp/nukes/nuclearweapons/nukestatus.html>, Abruf vom 03.03.2013). IISS (2013): S. 71, 225, 286 f., 306, 555. IMF, Data Template on International Reserves and Foreign Currency Liquidity, Washington D.C., Stand vom 28. Februar 2013 (<http://www.imf.org/external/np/sta/ir/IRProcessWeb/colist.aspx>, Abruf vom 03.03.2013). Bloomberg, China Monthly Foreign Exchange Reserves, Stand vom 31. Dezember 2012 (<http://www.bloomberg.com/quote/CNGFOREX:US>, Abruf vom 03.03.2013). 1) Schätzung. 2) Offizieller Verteidigungshaushalt. 3) Beispiel. 4) Nicht dislozierte Reserve.

Zwischenstaatliche Konflikte

Die wichtigsten zwischenstaatlichen Konflikte Ostasiens sind jene auf der koreanischen Halbinsel, in der Taiwanstraße und im Südchinesischen Meer. In sämtlichen Fällen sind die Interessen von wenigstens zwei Großmächten berührt, was dem jeweiligen Konflikt zusätzliche Brisanz verleiht.

Koreanische Halbinsel

Die koreanische Halbinsel ist seit dem Koreakrieg von 1950 bis 1953 am 38. Breitengrad geteilt. Bis heute verfügen Nord- und Südkorea lediglich über ein Waffenstillstandsabkommen, es gibt keinen Friedensvertrag. Der Konflikt war während des Kalten Krieges Ausdruck des Systemgegensatzes der Supermächte, die sich auf der koreanischen Halbinsel in einer Stellvertretersituation gegenüberstanden. Die Teilung des Landes in einen kommunistisch orientierten Norden und einen kapitalistischen Süden wurde dadurch vertieft.

Seoul und Pjöngjang schlugen in den folgenden Jahren vollkommen unterschiedliche Wege ein. Südkorea entwickelte sich zu einem der wirtschaftlich erfolgreichen „Tigerstaaten“ und nahm nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu den einstigen Gegnern, der Sowjetunion (1990) und China (1992), diplomatische Beziehungen auf. Nordkorea dagegen fiel ökonomisch weit zurück und begab sich international zusehends in die Isolation. Um das eigene Überleben zu sichern, setzte Pjöngjang u.a. auf eine kontrollierte Risikostrategie: Erfolgreich hat es durch Nuklearwaffenprogramme und Atombombentests (2006, 2009, 2013) für Unruhe in der Region gesorgt und sich Zurückhaltung teuer abkaufen lassen, etwa durch die Lieferung von Nahrungsmitteln, Dünger und Erdöl.

Die „Sonnenscheinpolitik“ Südkoreas, initiiert von Präsident Kim Dae-jung (1998–2003), kann mit dem Tourismusprojekt am Berg Kumgang, der Kaesong-Industriezone und einzelnen Familienzusammenführungen zwar Erfolge vorweisen. Dazu gehören auch zwei Gipfeltreffen in Pjöngjang (2000, 2007). Zu einem Durchbruch in den gemeinsamen Beziehungen hat dies aber nicht beigetragen, zumal der südkoreanische Präsident Lee Myung-bak (2008–2013) gegenüber Nordkorea wieder einen härteren Kurs verfolgte. Ergebnis ist eine Verschlechterung der Sicherheitslage: Das Tourismus-Projekt am Berg Kumgang liegt seit den tödlichen Schüssen auf eine südkoreanische Besucherin im Juli 2008 auf Eis; im Frühjahr 2009 ist Nordkorea aus den 2003 begonnenen Sechsparteiengesprächen (weitere Teilnehmer: Südkorea, China, USA, Japan, Russland) ausgestiegen; Seoul wiederum hat die humanitäre Hilfe für Pjöngjang deutlich eingeschränkt. Die seit Februar 2013 amtierende neue Präsidentin Südkoreas, Park Geun-hye, ist grundsätzlich bereit, auf den Norden zuzugehen. Ob ihr dies gelingt, wird zuvörderst vom Verhalten der nordkoreanischen Führung abhängen; gebärdet sich Pjöngjang weiterhin aggressiv und kompromisslos, wird Park die Politik Lees fortsetzen müssen.

Zur Verschärfung der Spannungen hat in den letzten Jahren insbesondere Nordkorea beigetragen. Im März 2010 versenkte es das südkoreanische Kriegsschiff „Cheonan“ durch einen Torpedoschuss (46 Tote), im November 2010 führte es einen Artillerieangriff gegen die südkoreanische Insel Yeonpyeong (4 Tote).⁹ Der Druck auf Präsident Lee, auf diese Provokationen militärisch zu reagieren, nahm darauf zu – und damit die Gefahr einer Eskalation des Konflikts. Dass es dazu auch in den vergangenen Krisensituationen nicht gekommen ist, muss maßgeblich auf die „Geisellage“ Seouls zurückgeführt werden. Die südkoreanische Hauptstadt liegt in unmittelbarer Reichweite des größten Teils der über 21.000 nordkoreanischen Artilleriegeschütze.¹⁰ Im Falle eines erneuten Kriegsausbruchs könnte der Norden daher einen verheerenden Angriff befehlen, dem zigtausende Bürger Seouls sofort zum Opfer fallen würden. Auch wenn Südkorea in einer direkten militärischen Auseinandersetzung Nordkorea über kurz oder lang besiegen würde, ist es derzeit nicht bereit, den absehbaren Preis dafür zu zahlen, was wiederum vom Kim-Regime politisch ausgenutzt wird.

Die Lage am 38. Breitengrad wird durch von außen nur schwer zu durchschauende Prozesse innerhalb der nordkoreanischen Führungsriege kompliziert. Nachdem 2008 die Hinweise auf einen sich verschlechternden Gesundheitszustand des „geliebten Führers“ zugenommen hatten, verstarb Kim Jong-il im Dezember 2011. Sein bereits zuvor zum Nachfolger aufgebaute Sohn, Kim Jong-un, wurde in den folgenden Monaten in alle wichtigen Ämter eingeführt. Offiziell ist derzeit noch nicht zu erkennen, dass er innen- oder außenpolitisch vom Kurs des Vaters abweicht. Kim Jong-un hält an der Songun-Politik (Ansatz des „Militär zuerst“) fest. Auch die mangelnde Zuverlässigkeit hinsichtlich der Beachtung von Vertragsverpflichtungen wurde fortgesetzt: Nachdem Nordkorea den USA im Februar 2012 u.a. ein Moratorium für den Test von Langstreckensystemen zugesagt hatte, versuchte es bereits im folgenden April, einen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu befördern (die Rakete explodierte kurz nach dem Start). Im Dezember gelang Nordkorea dann – erneut nach massiven regionalen Protesten – der erfolgreiche Start einer Langstreckenrakete, die angeblich einen Satelliten im Orbit stationiert hat. Im Februar 2013 führte Pjöngjang seinen dritten Atombombentest durch. Anschließend drohte es Südkorea und den USA mehrfach Krieg an.

Die öffentlichen Auftritte des neuen Führers könnten allerdings auch eine andere Lesart der jüngsten Entwicklungen in Nordkorea zulassen: Im Gegensatz zu Kim Jong-il werden Reden Kim Jong-uns im Staatsfernsehen übertragen; nach außen gibt er sich bewusst freundlich und lässt sich regelmäßig von seiner modisch gekleideten Frau begleiten; im Zuge eines Konzerts der neu gegründeten Pop-Band „Moranbong“ kam es zu einer Tanzaufführung von Cartoon-Figuren aus dem Hause

9 Vgl. International Crisis Group, North Korea: The Risks of War in the Yellow Sea, Asia Report Nr. 198, Seoul - Brüssel, 23. Dezember 2010, S. 22, 27.

10 Vgl. IISS (2013): S. 310.

Disney (undenkbar zu Zeiten seines Vaters); im Januar 2013 hielt Kim Jong-un eine Neujahrsansprache, was zuletzt sein Großvater Kim Il-sung tat.

Ob dies Vorboten eines Wandels oder lediglich Image-Kampagnen des „großen Nachfolgers“ sind, ist nicht absehbar, zumal das Regime parallel immer wieder an alte Verhaltensmuster anknüpft. Gegenwärtig können zahlreiche, auch spektakuläre Ereignisse daher von außen nur spekulativ begleitet werden: Ist etwa die Amtsenthebung des Generalstabschefs der nordkoreanischen Streitkräfte, Ri Yong-ho, im Juli 2012 erfolgt, um einen „Falken“ zu entfernen und damit der Wiederaufnahme der Sechsparteiengespräche den Weg zu bereiten? Wurde dadurch vielleicht sogar die Songun-Politik abgewertet? Oder wollte Kim Jong-un schlicht einen Gefährten seines Vaters entfernen, um den Kreis der ausschließlich ihm treu ergebenen Personen zu erweitern? Auch dem dritten Nukleartest – vom Westen unisono als Provokation gewertet – könnte in der Retrospektive eine ganz andere Funktion zugeschrieben werden: die innen- und außenpolitische Stärkung der Position Kim Jong-uns, um für eine Wiederaufnahme der Sechsparteiengespräche genügend Verhandlungsmasse zu haben.

Im Falle eines Zusammenbruchs des Kim-Regimes wird die Wiedervereinigung der Halbinsel enorme ökonomische Belastungen auslösen, die Südkorea möglicherweise nicht alleine schultern kann. Dieser Prozess sowie die außenpolitische Orientierung des vereinigten Koreas – Neutralität oder Fortsetzung der Allianz mit den USA – werden Folgen für das Machtgefüge Nordostasiens haben. Dazu gehört auch die Frage nach dem Verbleib der nordkoreanischen Atombomben.

Taiwanstraße

Der Konflikt in der Taiwanstraße geht auf einen innerchinesischen Machtkampf zwischen der KPCh unter Führung Mao Zedongs und der nationalchinesischen Kuomintang (KMT) unter Führung Chiang Kai-sheks zurück. Beide hatten ihre Differenzen von 1937 bis 1945 zurückgestellt, um gemeinsam gegen die japanische Invasionsarmee zu kämpfen. Diese „Einheitsfront“ hielt bis zur Niederlage Tokios. Darauf wurde der chinesische Bürgerkrieg fortgesetzt, den die KPCh für sich entscheiden konnte. Die KMT – und damit die „Republik China“ – floh nach Taiwan, Mao rief dagegen 1949 auf dem Festland die „Volksrepublik China“ aus.

Von 1955 bis 1979 hatten die USA mit Taiwan einen Verteidigungsvertrag unterhalten, der im Zuge der Annäherung Washingtons an Peking (Besuch von US-Präsident Richard Nixon 1972) aufgekündigt wurde. Bis heute haben sich die USA jedoch über den Taiwan Relations Act (TRA) vom April 1979 dazu verpflichtet, die Republik China mit Defensivwaffen zu beliefern. So sagte Präsident Barack Obama im Januar 2010 sowie im September 2011 zu, Taiwan Waffen im Wert von 12,25

Mrd. US\$ zur Verfügung stellen zu wollen. Dazu gehört die Zusage, 145 Kampflugzeuge des Typs F-16 A/B zu modernisieren.¹¹

China reagiert auf derartige Ankündigungen äußerst sensibel. Es betrachtet Taiwan offiziell als „abtrünnige Provinz“ und hat mehrfach angekündigt, auf eine Unabhängigkeitserklärung der Insel mit einer militärischen Intervention zu reagieren. Zur letzten großen Krise in der Taiwanstraße kam es 1995/1996, als China im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen der Republik China eine Politik der Abschreckung verfolgte. Nördlich und südlich der Gewässer Taiwans wurden Raketentests durchgeführt, worauf die USA im März 1996 mit der Entsendung von zwei Flugzeugträgergruppen reagierten.

Die politischen Beziehungen zwischen Peking und Taipeh wurden durch den „Konsens von 1992“ gefestigt. Beide Seiten einigten sich darauf, dass es nur ein China gebe, jeder aber für sich entscheiden könne, was er darunter verstehe. Allen folgenden Krisen zum Trotz hat dieser Ansatz immer wieder dazu beigetragen, das Verhältnis beider Seiten zu stabilisieren. Zu einem Problem wurde daher die Präsidentschaft von Chen Shui-bian (2000–2008): Dessen Partei, die Democratic Progressive Party (DPP), stellte den „Konsens von 1992“ in Frage. China sah folgerichtig in Chen einen aktiven Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der „abtrünnigen Provinz“.

Seit der Wahl des KMT-Kandidaten Ma Ying-jeou zum Präsidenten Taiwans im März 2008 haben sich die Beziehungen entspannt. Die Kommunikation beider Seiten ist stark verbessert worden, u.a. durch die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der chinesischen Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS) und der taiwanischen Straits Exchange Foundation (SEF). Zur Stabilisierung der Lage hat auch ein „diplomatischer Waffenstillstand“ beigetragen: Peking und Taipeh verzichten seit 2008 darauf, Staaten aus dem jeweils anderen Lager „abzuwerben“, um mit ihnen offizielle Beziehungen aufzunehmen. Taiwan wird gegenwärtig von 23 Staaten diplomatisch anerkannt.¹²

Eine Lösung des Konflikts ist gleichwohl nicht zu erkennen. China hat seiner Annäherungspolitik zwar mit dem Abschluss des Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA) im Juni 2010 einen weiteren Baustein hinzugefügt. Es richtet aber für den Eventualfall, also eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans (z.B. nach einer Rückkehr der DPP an die Macht) oder eine Einmischung externer Mächte, nach Angaben des Pentagons bis zu 1.200 Kurzstreckenraketen (Stand: Oktober 2011) direkt auf die Insel.¹³ Die USA haben offen gelassen (Politik der *strategic*

11 Vgl. Shirley A. Kan, Taiwan: Major U.S. Arms Sales Since 1990, Congressional Research Service (CRS) Report for Congress (RL30957), Washington D.C., 29. November 2012, S. 52.

12 Vgl. Republic of China/Ministry of Foreign Affairs, Number of ROC Missions Abroad, Taipeh, 17. August 2011 (<http://www.mofa.gov.tw/UploadFiles/Upload/fdb03acb-3dbd-43ff-b01a-410d8dc3fe09.PDF>, Abruf vom 03.03.2013).

13 Vgl. Department of Defense, Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2012 (Annual Report to Congress), Washington D.C. 2012, S. 21.

ambiguity), ob sie sich in eine Konfrontation einmischen werden. Solange China die Inkorporation seiner „abtrünnigen Provinz“ nicht aggressiv betreibt und diese auf demonstrative Unabhängigkeitsbestrebungen verzichtet, dürfte daher der Status quo stabil bleiben.

Die Situation in der Taiwanstraße wird aber dennoch sowohl in Washington als auch in Peking als jener Konflikt betrachtet, in dem es am ehesten zu einer militärischen Konfrontation beider Großmächte kommen könnte. Ob eine Verbesserung der Sicherheitslage in den nächsten Jahren möglich ist, bleibt auch in diesem Fall abzuwarten. Die Wiederwahl von Ma Ying-jeou, der sich in den Präsidentschaftswahlen vom Januar 2012 gegen Tsai Ing-wen von der DPP durchsetzen konnte, hat einerseits erheblich zur Stabilisierung des strategischen Gesamtgefüges beigetragen. Andererseits ist offen, wie sich der im November 2012 erfolgte Antritt der „fünften Führungsgeneration“ in China auswirken wird. Xi Jinping wird nachgesagt, ein genuines Interesse an der weiteren Entwicklung Taiwans zu haben. Dies könnte sowohl für einen kooperativen als auch einen konfrontativen Ansatz in der Politik des Festlandes gegenüber der „abtrünnigen Provinz“ sprechen.

Südchinesisches Meer

Im Südchinesischen Meer streiten sich China, Taiwan, Vietnam, Malaysia, die Philippinen sowie Brunei um verschiedene Inseln und Riffe. Zu den bekanntesten gehören die Paracel-Inseln, die in der Summe 7,75 km² groß sind, und die Spratly-Inseln. Letztere verteilen sich auf eine Fläche von ca. 410.000 km², ragen aber insgesamt nur weniger als 5 km² aus dem Wasser heraus.¹⁴ Im Vergleich zu den betroffenen Staaten Südostasiens erhebt China die umfassendsten Ansprüche. 1974 besetzte es nach einer Auseinandersetzung mit südvietnamesischen Streitkräften die Paracel-Inseln, 1988 lieferte es sich ein Gefecht mit vietnamesischen Einheiten und nahm weitere Inseln der Spratlys in Besitz.

Peking betrachtet den größten Teil des Südchinesischen Meeres de facto als Binnengewässer, worauf nicht nur ein 1992 verabschiedetes Gesetz schließen lässt; 2009 erklärte China seinen Anspruch offiziell gegenüber der United Nations Organization (UNO), indem es dieser eine Seekarte mit der bekannten neunfach gestrichelten Linie übergab. Dabei decken sich die Ansprüche des Reiches der Mitte mit jenen Taiwans, dessen Streitkräfte mit Itu Aba die größte der Spratly-Inseln besetzt halten.

Als 1995 bekannt wurde, dass China Aufbauten auf dem Mischief Reef errichtet, mehrten sich die Sorgen vor einer weiteren territorialen Expansion des Landes, die in diesem Falle auf Kosten der Philippinen ging. Bis heute streitet sich Peking vor allem mit Hanoi und Manila um verschiedene Inseln und Seegebiete. Zwischen

14 Vgl. CIA, The World Factbook: Paracel Islands, Washington D.C., Stand vom 15. November 2012 (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pf.html>, Abruf vom 03.03.2013). CIA, The World Factbook: Spratly Islands, Washington D.C., Stand vom 15. November 2012 (<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/pg.html>, Abruf vom 03.03.2013).

China und den Philippinen konzentriert sich die Auseinandersetzung seit April 2012 vor allem auf das Scarborough Shoal. Im Juli errichtete Peking auf Woody Island (Paracels) „Sansha City“, die administrativ der Provinz Hainan angehört und nun für die chinesischen Besitzungen im Südchinesischen Meer zuständig ist.

Unübersehbar ist, dass sich Peking weiterhin weigert, einen verbindlichen Verhaltenskodex zu unterzeichnen, der einen friedlichen Umgang mit den Territorialstreitigkeiten ermöglicht – es konnte sich im November 2002 lediglich durchringen, mit der ASEAN eine „Declaration on the Conduct of Parties in the South China Sea (DOC)“ zu vereinbaren. Diese ist aber ebenso unverbindlich wie die im Juli 2011 verabschiedete Implementierungsvereinbarung „Guidelines for the Implementation of the DOC“. China nutzt dabei geschickt seine Beziehungen zu ausgewählten Staaten Südasiens: So waren die Außenminister der ASEAN während ihres Treffens in Phnom Penh im Juli 2012 erstmals nicht in der Lage, eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden; vermutet wird, dass Gastgeber Kambodscha auf Geheiß Chinas ein Kommuniké, das maritime Dissonanzen direkt ansprechen sollte, blockierte.

Hintergrund der Ansprüche der sechs Anrainer sind nicht nur historisch aufgeladene Statusfragen. Im Südchinesischen Meer geht es vor allem um die Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie um Fragen der Nahrungssicherheit (Fischfang). Kann ein Staat Besitzansprüche auf eine Insel durchsetzen, so ist es ihm laut Seerecht unter bestimmten Bedingungen gestattet, in einem Abstand von bis zu 200 Seemeilen zur Basislinie Ressourcen auszubeuten (Exclusive Economic Zone). Schätzungen zum Umfang der Bodenschätze gehen weit auseinander: Während chinesische Experten Erdölreserven zwischen 105 und 213 Mrd. Barrel annehmen, gehen ihre russischen und amerikanischen Kollegen von Größenordnungen im Bereich von 1,8 bis 15,6 Mrd. Barrel aus.¹⁵ Es ist demnach fraglich, ob das Südchinesische Meer der „Persische Golf“ Ostasiens wird oder aus der Perspektive der Energiesicherheit in Gänze zu vernachlässigen ist, worüber nicht zuletzt die Förderkosten entscheiden werden.

Zu einer Komplikation der Gesamtlage könnte es im Zuge der Ankündigung von Admiral Devendra Kumar Joshi vom Dezember 2012 kommen. Der Kommandeur der indischen Seestreitkräfte erklärte, ökonomische Interessen seines Landes im Südchinesischen Meer notfalls militärisch schützen zu wollen. Hintergrund sind Aktivitäten der staatseigenen, von Neu-Delhi dirigierten Oil and Natural Gas Corporation (ONGC) an der Küste Vietnams.

Die USA haben keine territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer. Sie betrachten die Gewässer als Bestandteil der „Hohen See“ und lehnen damit umfas-

15 Vgl. Clive Schofield, Ian Townsend-Gault, Hasjim Djalal, Ian Storey, Meredith Miller, Tim Cook, *From Disputed Waters to Seas of Opportunity. Overcoming Barriers to Maritime Cooperation in East and Southeast Asia*, The National Bureau of Asian Research, NBR Special Report Nr. 30, Washington D.C., Juli 2011, S. 12.

sende chinesische Hoheitsrechte in dem Gebiet ab. Washington besteht auf der Offenheit der Seewege. Damit verbunden sind zwei Interessen: Zum einen soll sich die 7. US-Flotte frei zwischen Indischem und Pazifischem Ozean bewegen können, um wie in der Vergangenheit bei Bedarf militärische Operationen am Persischen Golf und in Zentralasien zu unterstützen. Zum anderen sind offene Seewege Voraussetzung eines ungehinderten ökonomischen Austauschs. So muss z.B. der größte Teil der Energieeinfuhr der beiden amerikanischen Bündnispartner Japan und Südkorea das Südchinesische Meer passieren. Aber auch China ist auf offene Seewege angewiesen, da über 80% seiner Erdöleinfuhr über die Straße von Malakka erfolgt.¹⁶

2010 haben sich die Divergenzen Washingtons und Pekings in maritimen Fragen verschärft. Im Frühjahr war Zeitungsberichten zu entnehmen, die chinesische Regierung zähle das Südchinesische Meer künftig zu ihren *core interests*. Eine solche sprachliche Zuschreibung ist insofern problematisch, als mit diesem Terminus nicht verhandelbare territoriale Ansprüche markiert werden und sich damit die Gewässer auf einer Stufe mit Taiwan, Tibet und Xinjiang befinden würden. In den nächsten Monaten blieb eine offizielle Bestätigung der Presseberichte zwar aus. Das Verhalten Pekings legte aber den Schluss nahe, territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer künftig mit mehr Nachdruck verfolgen zu wollen. Vor diesem Hintergrund warb Außenministerin Hillary Clinton im Juli 2010 auf dem ARF-Treffen in Hanoi offen für die amerikanische Position und wurde dabei sehr zum Ärger Chinas von mehreren Teilnehmern unterstützt. Als sich dann auch Präsident Barack Obama auf den EAS-Treffen im November 2011 in Bali und im November 2012 in Phnom Penh für eine multilaterale Lösung der territorialen Konflikte einsetzte, war für Peking deutlich zu erkennen, dass durch ein stärkeres Engagement der USA in den regionalen Institutionen die Verfolgung chinesischer Interessen schwieriger wird.

16 Vgl. Department of Defense (2012): S. 41.